

1,2 Milliarden Euro zusätzlich für das Dämmen

Um die Klimaziele noch zu erreichen, wird die Regierung erfinderisch: Autokäufer sollen zum Sprit-Spar-Training

ami. BERLIN. 1. Dezember. Es war Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), welche die Deutschen 2005 mit der Aufforderung „Jeden Tag 3000 Schritte extra“ zu mehr Bewegung und Gesundheitsvorsorge animierte. Fast zehn Jahre später empfiehlt Parteifreundin Barbara Hendrick dasselbe Rezept – um das Klima zu schützen. „Rad- und Fußverkehr haben eine erhebliches Potential zur Verminderung der Kohlendioxidemissionen“, schreibt die Umweltministerin in ihren „Aktionsplan Klimaschutz 2020“, den das Kabinett am Mittwoch beschließen wird.

Hendricks hat eigens ausrechnen lassen, wie viele Tonnen Kohlendioxid (CO₂) damit bis 2020 gespart werden können: zwischen 500 000 und 800 000 Tonnen. Um das Gehen und Radeln in der Stadt attraktiver zu machen, sollen mehr Radwege gebaut werden, auch sollen die Kommunen leichter Geschwindigkeitsbegrenzungen erlassen können.

Klimaschutz geht alle an. Hendricks' Maßnahmenkatalog belegt das. Die Lkw-Maut wird verschärft; das soll die Emission von bis zu 2,3 Millionen Tonnen CO₂ überflüssig machen. Verkehr soll von der Straße auf Schiene und Wasserstraßen verlegt, der Einsatz von Elektroautos im ge-

werblichen Verkehr durch eine Sonderabschreibung attraktiver gemacht werden. Wer ein neues Auto kauft, könnte in den Genuss eines „Sprit-Spar-Trainings“ kommen. Das schlägt sich mit weiteren bis zu 800 000 Tonnen CO₂ auf Hendricks Einsparliste nieder. Carsharing und eine Novelle des Bundesreisekostengesetzes – Beamte sollen mehr Fahrrad fahren, Bahn und Busse nutzen – kommen obendrauf.

Dabei liefert der Verkehrssektor mit 7 bis 10 Millionen Tonnen Einsparvolumen an Treibhausgasen weniger, als mit zunächst „mindestens“ 10 Millionen Tonnen erwartet worden war. Aber auch Gewerbe, Handel und Abfallwirtschaft werden herangezogen. Um bis zu 7,7 Millionen Tonnen sollen die Emissionen hier zusätzlich und damit über das bisher bekannte Maß hinaus reduziert werden, vor allem durch besser Nutzung von Recycling, Kreislaufwirtschaft und Deponiegasen. Die Landwirtschaft kommt ebenfalls nicht ungeschoren davon. Eine Novelle der Düngeverordnung soll den Ausstoß vor allem von Ammoniak drastisch senken. Damit könnte am Ende der Ausstoß von Treibhausgasen der Landwirte um 3,5 Millionen Tonnen sinken.

Dutzende Maßnahmen sind in dem Papier aufgelistet. Sie reichen vom Erhalt

von Dauergrünland und dem Schutz der Moorböden und „energetische Sanierungsfahrpläne für die öffentliche Hand“ bis zur Förderung des energetischen Quartierumbaus und der Städteplanung.

Die energetische Sanierung von Wohn- und anderen Gebäuden soll mit zusätzlich 1,2 Milliarden Euro gefördert werden: 200 Millionen Euro kommen als Zuschuss, eine Milliarde Euro als indirekte Förderung, denn die Investitionen dürfen über mehrere Jahre mit der Steuerschuld direkt verrechnet werden. Das dürfte wieder ein paar Millionen Tonnen CO₂-Emissionen einsparen. Finanziert werden soll das durch Einschränkungen bei der Abzugsfähigkeit von Handwerksrechnungen, wie diese Zeitung in der Montagausgabe vorab berichtet hat.

Richtig viel zu holen ist aber bei der Industrie, die zu mehr Effizienz verpflichtet und animiert werden soll. Hier kalkuliert das Bundeswirtschaftsministerium 25 bis 30 Millionen Tonnen als Einsparpotential. Weitere 22 Millionen Tonnen sollen die Stromerzeuger zusätzlich einsparen. Wie das genau unter ihnen aufgeteilt werden wird, ist allerdings unklar. Da die Sparanstrengungen 2016 beginnen sollen (und dann bis Ende 2020 dauern), hat Bundeswirtschaftsminister Sig-

mar Gabriel (SPD) auch noch etwas Zeit, Details festzulegen, bevor der Bundestag den Plan im nächsten Jahr verabschieden soll.

Der Strombranche gehen die Vorgaben zu weit. Denn schon nach bisherigen Plänen der Regierung müssten alle Stromerzeuger ihre Emissionen bis 2020 auf 341 Millionen Tonnen senken. Abzüglich der neuen Vorgaben seien es sogar nur noch 319 Millionen Tonnen. Verglichen mit den knapp 420 Millionen Tonnen, die die Stromerzeuger 2012 laut Regierung emittiert haben, müssten sie ihre CO₂-Fracht bis 2020 also um 100 Millionen Tonnen oder ein Viertel zurückfahren. Auch die zur Stilllegung schon angemeldeten, aber noch im Betrieb befindlichen Kraftwerke sollen nicht auf die 22 Millionen Tonnen angerechnet werden dürfen.

Mehr Effizienz der Industrie und Einsparungen bei den Stromerzeugern, also den Stein- und Braunkohlekraftwerken, sind damit die entscheidenden Säulen, auf denen Hendricks Plan fußt, bis 2020 zusätzlich zwischen 62 und 78 Millionen Tonnen Treibhausgase einzusparen. In ihrem Haus sieht man nun eine „gute Chance“, das selbstgesetzte Ziel zu erreichen, die Emissionen 2020 um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 zu drücken.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 02.12.2015